

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 11: Das schweizerische Berufsbildungswesen : Wandel oder Umbruch?

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leben 10 000 Kinder illegal in der Schweiz?

Mehrere tausend Kinder halten sich illegal in der Schweiz auf. Um unentdeckt zu bleiben, leben sie isoliert von der Aussenwelt und erleiden psychische Schäden. Eine Unicef-Studie verlangt die Abschaffung des Saisonier-Statuts und eine vorbehaltlose Ratifizierung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes. Dies würde versteckten Kindern die Schultüre öffnen.

«Versteckt und alleingelassen» heisst eine Studie von Unicef Schweiz, Pro Juventute, Pro Familie und dem Schweizerischen Kinderschutzbund, die gestern in Zürich präsentiert worden ist. Darin geht es um jene Kinder, welche illegal in der Schweiz leben – eingeschlossen in Wohnungen, aber ausgeschlossen aus der Gesellschaft.

Ihre Eltern sind vorab Jahresaufenthalter, deren Gesuch um Familiennachzug hängig oder abgelehnt worden ist, Saisoniers und Kurzaufenthalter, denen dieses Recht nicht gewährt wird, oder Asylbewerber, die während des Verfahrens kein Recht zum Familiennachzug haben.

Schätzungen seien schwierig, aber es dürften knapp 10000 Kinder sein, welche – als Säuglinge, Kleinkinder oder Schulkinder – widerrechtlich in der Schweiz leben, betonte Elsbeth Müller vom Schweizerischen Kinderschutzbund.

Erasmus für Schweizer Studenten und Dozenten

Studenten und Dozenten aus der Schweiz sowie den übrigen Efta-Ländern werden voraussichtlich vom Studienjahr 1992/93 an in den Genuss der Freizügigkeit des EG-Ausbildungsprogramms «Erasmus» kommen.

Vertreter von EG und Efta, darunter der Schweizer Botschafter Benedikt von Tscharner, unterzeichneten gestern in Brüssel entsprechende bilaterale Zusammenarbeits-Abkommen, die die Beteiligung der Freihandelszonen-Länder an diesem Programm regeln. Damit soll die Zusammenarbeit der europäischen Universitäten und der Austausch von Studenten und Dozenten gefördert werden. Die Schweiz wird der EG ab 1992 jährlich 5,5 Millionen Franken für die Teilnahme an dem Programm zu entrichten haben.

Studentisches Referendum gegen das ETH-Gesetz

Mehrere Studentenorganisationen ergreifen das Referendum gegen das neue ETH-Gesetz, welches das Parlament verabschiedet hat. Vertreter der grossen Studentenverbände erklärten vor der Presse, das neue Gesetz biete den Studierenden zuwenig Mitsprache bei der Wahl von Professoren und der Ausrichtung von Lehre und Forschung.

«Die Wirtschaft verlangt innovative Menschen, die Verantwortung übernehmen können – das neue ETH-Gesetz aber entmündigt die Studierenden, die sich später in den Dienst dieser Wirtschaft stellen sollen.»

So begründete Regula Stämpfli, Generalsekretärin des Verbandes Schweizerischer StudentInnenschaften, die Opposition der Studierenden gegen das neue Gesetz. Das neue Gesetz ermögliche dem ETH-Präsidenten eine umfassende Machtentfaltung und beschneide die ohnehin geringen Mitwirkungsrechte aller Hochschulangehörigen weiter. So würden Entscheide in Fragen der Ethik, der Finanzen und der Lehrinhalt in die Hand einer einzigen Person gelegt. Die angestrebte erhöhte Transparenz und schnellere Entscheidungsfindung werde aber so nicht erreicht. Besonders gravierend, finden die Studentenverbände, sei dies bei der Wahl von Professoren, die im geheimen ausgewählt würden. Dadurch bleibe auch die Richtung der Forschung im dunkeln.

Am Referendum beteiligen sich der Verband der Studierenden an der ETH Zürich, der Schweizerische Studentenverein und der Verband der Schweizerischen StudentInnenschaften. Sie werden unterstützt von der Jungen CVP und der Jungen SVP.

BLICK ÜBER DEN ZAUN

Verheerendes Urteil über deutsches Schulsystem

Ist das seit einer Periode der Reformfreudigkeit an Schultypen überreiche deutsche Schulsystem wirklich so schlecht, wie es seine Kritiker immer schon glauben machen wollten? Wenigstens für das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen scheint das zuzutreffen, wenn man dem Gutachten des Unternehmerberaters Kienbaum Glauben schenken darf.

«Das System benötigt, um seine Funktionsfähigkeit wiederherzustellen, eine Grundsanierung.» Klar, dass ein solches Urteil auf wenig Freude in der von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) geführten Düsseldorfer Landesregierung stösst. Die Opposition hingegen frohlockt. Sie sieht bestätigt, was sie schon immer behauptet hat: das Scheitern der SPD in der Schulpolitik.

In dem 2,4 Millionen Mark teuren und 700 Seiten umfassenden Werk steht es schwarz auf weiß: Um allen Anforderungen der Lehrpläne gerecht zu werden, müsste das Land 17000 Lehrer zusätzlich einstellen. Das würde einen Mehraufwand von 2,25 Milliarden D-Mark nach sich ziehen, womit Nordrhein-Westfalen allerdings überfordert wäre, wie das Gutachten festhält. Immerhin hält die Expertise dem Lande zugute, dass es sich genau so viele Lehrer hält, wie es sich aufgrund seiner Bevölkerungszahl und seiner Wirtschaftskraft erlauben kann.

Wo ist also der Rotstift anzusetzen? Einen Vorschlag, den die Politiker wohl gerne aufgreifen werden, liefert das Gutachten gleich mit. Wenn in allen Schulen die Klassengrösse um einen Schüler erhöht wird, jeder Lehrer pro Woche eine Stunde mehr arbeitet und gleichzeitig eine Unterrichtsstunde pro Woche weniger erteilt wird, dann erspart das 11 500 Lehrerstellen.

Helmut Uwer, Bonn, in «Vaterland» vom 20.9.1991